Ruf und Echo

Von Nachbarschaft zu Nachbarschaft

Nummer 5 | Hannover, Mai 1953 | 4. Jahrgang

Was die Nachbarschaften treibt

Von Helmut Reetz, Lemgo

In vielen Gemeinden und Städten des Bundesgebietes und in Berlin sind die dort bestehenden Nachbarschaften für die Bevölkerung ein Begriff geworden und stellen im öffentlichen Leben etwas dar, das nicht mehr übersehen werden kann. Was steckt dahinter?

Keine neue „Weltanschauung"

Die Nachbarschaften sind aus der Erkenntnis heraus entstanden, daß unsere heutige Staatsform nicht die schöpferische Gestaltung einer echten, vom Volke getragenen Demokratie darstellt. So sind aktive Teile der Bevölkerung darangegangen, nun von sich aus durch die Gliederung in Nachbarschaften eine Neuordnung unseres öffentlichen Lebens anzubahnen, indem sie auf überparteilicher Grundlage dem Volke die Mitwirkung am öffentlichen Leben auf dem Wege über die Nachbarschaften ermöglichen. Nachbarschaften sind also nicht das Ergebnis einer neuen Weltanschauung, sondern stellen die Aufhebung der Masse durch Gliederung der Bevölkerung in kleinen Räumen dar, deren jeder einzelne vom Staatsbürger begriffen und überschaut werden kann.

Eine solche Gliederung aber ist überhaupt erst die Voraussetzung für das Wirksamwerden einer Demokratie. Die Bevölkerung gibt sich diese Gliederung selbst und wird zum Träger der Nachbarschaft, indem sie selbst am Leben der Nachbarschaft gestaltend mitwirkt. Die Nachbarschaft wird damit zur kleinsten Zelle des Staates, in der dieselben Probleme des Zusammenlebens zu lösen sind, die der Staat im Großen zu lösen hat. Deshalb kann die Nachbarschaft mit Fug und Recht als die praktische Schule des Staatsbürgers bezeichnet werden.

Würde nun das gesamte Gebiet des Staates in Nachbarschaften gegliedert werden, so würde die Bevölkerung über die Nachbarschaften auch zum Träger des Staates werden, und die Forderung wäre erfüllt, die der große politische Reformator und Schöpfer der Selbstverwaltung, der Freiherr vom Stein, als Voraussetzung der Schaffung einer vom Volke getragenen Demokratie erhoben und in dem Satz zum Ausdruck gebracht hat: Volk und Staat müssen eins sein. Damit ist die Frage, was hinter den Nachbarschaften steckt, in einer Richtung beantwortet: Das Volk selbst steckt dahinter.

Die aufgeworfene Frage zwingt unsere Gedanken aber noch in eine andere Richtung, nämlich: Welche Triebkräfte stecken hinter den Nachbarschaften? Antwort: Die geschichtliche Entwicklung.

Wendezeitkrise

Dabei müssen wir davon ausgehen, daß wir uns heute in einem Umbruch größten Ausmaßes befinden. Die Male, die den Menschen dieser Zeit kennzeichnen, sind Angst und Unsicherheit, die untrüglichen Zeichen dafür, daß auf allen Gebieten des menschlichen Lebens bisher für gesichert gehaltene Erkenntnisse und Anschauungen ins Wanken geraten sind. Die Menschheit ist in eine schwere Krise geraten, deren Umfang der Schweizer Kulturphilosoph Jean Gebser in seinem Buch „Ursprung und Gegenwart" folgendermaßen umreißt:

„Was wir heute erleben, ist nicht etwa nur eine europäische Krise. Sie ist auch nicht eine bloße Krise der Moral, der Wirtschaft, der Ideologien, der Politik, der Religion. Sie herrscht nicht nur in Europa und Amerika. Auch Rußland und der Ferne Osten sind ihr unterworfen. Sie ist eine Weltkrise und Menschheitskrise, wie sie bisher nur in Wendezeiten auftrat, die für das Leben der Erde und der jeweiligen Menschheit einschneidend und endgültig waren."

Wir befinden uns also in einer Wendezeitkrise, wie sie die Menschheit schon mehrmals in bestimmten Epochen ihrer Geschichte durchgemacht hat. Eine bisher für sicher gehaltene Welt geht in Trümmer, weil aus ihr Kräfte hervorbrechen, die zunächst einmal stärker sind als der Mensch, und der Verlust des für sicher gehaltenen Urgrunds gebiert die Angst, die sich heute wie in früheren Umbruchszeiten des Menschengeschlechts bemächtigt.

Ganzheitliche Sicht

Das Gebot der Stunde heißt also, neuen Grund zu legen, heißt, zu erkennen, daß die dem Pessimismus, der Depression und der Angst zugeneigte Einstellung des heutigen Menschen nur ein beredtes Zeichen für den „Menschen des Übergangs" sind. Am Anfang jedes neuen Zeitalters steht eine neue Sicht, im Anbruch des jetzigen jene, die als ganzheitliche Sicht bezeichnet wird und die seit Jahrzehnten daran ist, uns vom einseitig gerichteten rein rationalen Denken hinwegzuführen zu einer ganzheitlichen Betrachtungsweise. Sie hat auf vielen Gebieten, so etwa der Physik, der Astronomie, der Biologie, der Medizin, der Philosophie, der Soziologie, der Künste usw. bereits ihren fruchtbaren Niederschlag gefunden. Sie baut sich über den Fachmann und Spezialisten hinweg das große, tragende Gewölbe der Ganzheit der Welt, in der der Einzelne „weiß, wo er steht und in welcher zeitlichen Strömung er sich befindet". (Gebser: „Die neue Weltschau".)

Das kleine Ganze

Jene Ganzheit muß auch auf der politischen Ebene entstehen. Darin liegt die geschichtliche Sendung der Nachbarschaften. Neben die nur einseitig ausgerichteten Organisationen, die heute die aus-

Fortsetzung Seite 3

Der „Schwarze Peter" und wir

„Es gibt ein Gesetz in der Politik, nach dem etwas Törichtes, das einmal in die Welt gesetzt worden ist, nicht ohne weiteres wieder beseitigt werden kann." Diesen Satz fanden wir kürzlich in einer Abhandlung des Münchner Professors Friedrich Glum. Wer kann ihn lesen, ohne dabei an den Bundesrat zu denken, der sich in der „Vertragskomödie" selbst um sein Gesicht gebracht hat?

Eine Fehlkonstruktion

Die Zeitschrift „Christ und Welt" hat den Bundesrat kürzlich als eine Fehlkonstruktion bezeichnet. Sie meint, daß die Leute, die 1948/49 das Grundgesetz formuliert haben, an der verfahrenen Lage Schuld seien, und kommt zu dem Schluß, daß eine völlige Neukonstruktion der Zweiten Kammer notwendig sei. Andere bedeutende Zeitungen fordern die Abschaffung des Bundesrats. Die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" bemerkt, daß die Auseinandersetzungen über die Verteilung von Macht und Einfluß zwischen der Zentrale des deutschen Bundesstaates und dessen Gliedstaaten die ganze moderne Geschichte durchziehe und sogar noch weiter zurückreiche. Das Dahinschwinden des Föderalismus als Parteiströmung und Patronagesystem lasse sich sehr wohl verschmerzen, man müsse jedoch die Vielfalt und den Reichtum der Ausdrucksmöglichkeit deutscher Kultur bewahren. Eine andere Stimme fordert, der Bundesrat müsse durch einen Senat ersetzt werden, in dem die „Weisesten des Volkes" sitzen.

Machtkampf der Parteizentralen.

Was das Geschehen im und um den Bundesrat in geradezu dramatischer Weise gezeigt hat, ist die Tatsache, daß der Kampf um die Lösung der föderalistischen Frage, die zu den echten Fragen einer jeden demokratischen Verfassung gehört, längst zu einem Machtkampf der Parteizentralen geworden ist. Es ist kein Geheimnis, daß die Sorge um die Erhaltung der Regierungskoalitionen im Südweststaat und in Niedersachsen das bewegende Moment des parlamentarischen Spiels war, das wir soeben abrollen sahen.

Man kann dem unverbildeten Manne, dessen Gespräch mit seinem Nachbarn wir zuhörten, nur beipflichten, wenn er sagte: „Was für ein Staat ist das, in dem

Letzte Meldungen

In Helmstedt ist die fünfte Nachbarschaft gegründet worden.

*

In Holzminden wurde der Ratsherr Giers, der bisherige Sprecher der Nachbarschaften, von der Ratsversammlung einstimmig zum Bürgermeister gewählt.

*

In Murnau (Obb.) entstand die zweite Nachbarschaft.

eine der wichtigsten außenpolitischen Entscheidungen von den Parteien abhängig gemacht werden kann, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in Stuttgart oder Hannover, in München oder in Kiel ans Ruder gebracht werden?" Hier wird einfach und treffend gesagt, was sich hinter dem Aufwand an Begründungen und Gegenbegründungen, an staatspolitischem und verfassungsjuristischem Vokabularium verbirgt: Koalitionsängste in den Ländern der Bundesrepublik. Eine Politik der Spiegelfechterei, der gegenseitigen Abtastung, der augenzwinkernden Schläue wurde wieder einmal für geeignet gehalten, über eine Frage zu entscheiden, die einem ganzen Volk auf Leben oder Tod gestellt ist.

Der „Schwarze Peter"

Bei diesem Spiel hat einer der Mitspieler das Wort vom „Schwarzen Peter" eingeführt. Der Schwarze Peter wird vom einem zum anderen weitergereicht, weil der, der ihn behält, am Schluß der Verlierer ist. Das Wort vom „Schwarzen Peter" kennzeichnet die Rolle aller Beteiligten, für die es nur darum geht, nicht aus dem Spiel aussteigen zu müssen. In diesem Sinne war das Spiel in und um den Bundesrat in der Tat ein Meisterspiel.

Verspieltes Vertrauen

Man muß sich fragen: Spüren denn diese Spieler der Politik nicht, daß sie unausgesetzt dabei sind, den Rest an Vertrauen des Volkes zu einer solchen Demokratie zugrunde zu richten? Wir alle, die wir zum Volke gehören und dazu verurteilt sind, diesem Spiel zuzuschauen, müssen doch gegen diese Demonstration der Mißachtung unseres Willens aufbegehren, wenn nur noch ein Funken Selbstachtung, ein Quentchen Glaube an die Möglichkeit einer sinnvollen Form der Demokratie in uns lebt. Wenn wir erkennen müssen, daß die beteiligten Repräsentanten der heutigen Demokratie samt und sonders im Rahmen dieses Spieles bleiben, wenn keiner von ihnen von seiner Unzumutbarkeit so beeindruckt worden ist, daß er sich zum Vorkämpfer einer grundsätzlichen Reform macht, so wird einem so recht klar, wie sehr unser Volk auf Selbsthilfe angewiesen ist.

Die Selbsthilfe

Mit der Katastrophe der Bundesratspolitik ist der Nachbarschaftsbewegung ein neuer Beweis dafür zugefallen, daß wir Deutschen nur eine Chance haben, uns gegenüber dem Übergewicht machtpolitisch orientierter Minderheiten Geltung zu verschaffen: Unser Volk bedarf der Organisation seiner selbst, damit in nicht anfechtbarer demokratischer Weise sein Wille festgesetzt werden kann, der die einzige Instanz ist, nach dem sich sämtliche Einrichtungen der Demokratie zu richten haben.

Die Nachbarschaftsbewegung hat in den letzten drei Jahren eine Fülle erster praktischer Erfahrungen gesammelt. Sie ist nicht getrieben von der Sucht, eine Machtposition zu beziehen, denn ihre Grundgedanken schließen eine Eroberung des Volkes auf dem Wege propagandistischer Massenbeeinflussung aus. Umso höher sind die zahlreichen örtlichen Erfolge der Nachbarschaftsarbeit zu veranschlagen. Mit ihnen ist der Beweis erbracht, daß überall in unserm Volke ein einfacher und handfester Wille zur Demokratie vorhanden ist, von dessen Wesen und Ausmaß die in ihr Spiel verstrickten Vertreter des heutigen Staates nichts zu wissen scheinen.

O. E.

Werbt Bezieher für „Ruf und Echo"!

Ein Buch für uns

Oetinger: „Wendepunkt der politischen Erziehung"

Als vor drei Jahren ein Nachbar auf einer unserer Tagungen darum bat, wir möchten den Ausdruck „Staatsbürger" vermeiden, er passe nicht zu dem was wir wollen, da fühlten wir wohl, daß etwas Richtiges daran sei. Da wir aber der Meinung waren, daß es bei unseren Bestrebungen letztlich doch um den Staat gehe, ließen wir es bei dem Unbehagen bewenden, ohne ihm auf den Grund zu gehen. Im Gegenteil, wir haben seither noch viel vom Staat und seiner Reformierung gesprochen, von der Notwendigkeit, der dreigeteilten Staatsgewalt die ausgleichende Gewalt des Volkes zuzugesellen – womit die Staatsgewalt als das eigentlich Maßgebliche anerkannt wurde –, und in diesen Blättern finden sich mehr als einmal Wörter wie „Staatserlebnis", „Staatsgefühl" und ähnliche.

Wir befinden uns mit dieser Haltung in der guten Gesellschaft einer Menge anderer Bestrebungen, die den Menschen für das öffentliche Leben zurückgewinnen wollen, nicht zuletzt den staatlichen selbst. Schon manches Mal haben wir kritisch auf den Strom der belehrenden Schriften hingewiesen, der sich von staatlichen und halbstaatlichen Stellen in das Volk ergießt, um aus ihm „Staatsbürger" zu machen. Wir hätten wohl längst versuchen sollen, uns über unser Unbehagen klar zu werden. Ein Buch hilft uns, das zu tun. Schade, daß wir erst jetzt zu ihm gegriffen haben. Was Friedrich Oetinger in seinem Werk „Wendepunkt der politischen Erziehung" (J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1951, geh. 10,50 DM, geb. 13,80 D-Mark) sagt, kann uns nicht nur in dieser, sondern auch in mancher anderen Beziehung von Nutzen sein.

Gemeinschaft des Dienstes

Es ist sehr schwierig, bei der großen Fülle der Gedanken einen auch nur einigermaßen vollkommenen Eindruck von dem Buche zu vermitteln. Wir erfahren viel über die politische und psychologische Geschichte des deutschen Menschen. Etwa über die Tatsache, daß das Gemeinschaftserlebnis bei uns jahrhundertelang ein Erlebnis des Dienstes, des Knechtseins, war, vom Dienste für die Fürsten bis zum Dienste „an der Sache". Das züchtete in uns Unterwürfigkeit gegenüber dem Übergeordneten und Nichtbeachtung des Nebengeordneten. Zum Dienst gehörte der Begriff der Pflicht, nicht der selbstverständlichen Pflicht, die sich aus dem Zusammenarbeiten und dem Zusammenleben ergibt, sondern einer besonders zu nennenden hohen Pflicht, die als Gesetz über allem zu walten hat und nicht vom Gefühl her, sondern nur von einem höher gelagerten Willen her erfüllbar ist. Weder Dienst noch Pflicht waren geeignet, Wärme zu spenden, wie sie zum lebenswerten Leben unerläßlich ist.

Diener statt Bürger

In dieser Atmosphäre sollte nun der „Staatsbürger" gedeihen. Der „Bürger" des Mittelalters, der nachbarlich für seinen Nebenmenschen dagewesen war, hatte so schon alle Federn gelassen, als er im vorigen Jahrhundert zum „Staatsbürger" gemacht wurde, zumal sich „Dienst" und „Pflicht" nun unmittelbar auf den Staat bezogen, auf eine gedankliche Konstruktion, auf ein formales Etwas, zu dem kein persönliches Verhältnis herstellbar ist. „Der ‚Staatsbürger' ist im Grunde die Formel für ein verzweiflungsvolles Eingeständnis: das Eingeständnis, daß in Deutschland dem Bürger der bürgerliche Charakter abhanden gekommen und an den Staatsdiener übergegangen war." (So wird Dolf Sternberger von Oetinger zitiert.) „In den Augen der Nachkriegsjugend steht die Bürgerlichkeit für jenen Fanatismus der Ordnung, der Leistung, der Tüchtigkeit, des Sicherheitsbedürfnisses, welcher die Deutschen recht eigentlich zu einer leichten Beute des totalitären Regierungssystems gemacht hat." So hat der Staatsbürger niemals ein inneres Verhältnis zu seinem Gemeinwesen gewonnen, weder im Kaiserreich, noch in der Weimarer Republik, noch im Dritten Reich, während dessen er zweckvoll in den „Volksgenossen" umgetauft worden war. Wir dürfen wohl hinzufügen, daß sich daran auch heute nichts geändert hat. „Die Demokratie präsentiert sich in Deutschland der jungen Generation pathetisch" – und verhindert damit das Aufkeimen echter demokratischer Gesinnung.

Der wahre ungewöhnliche Mensch ist der wahre gewöhnliche Mensch . . . Was den ungewöhnlichen Menschen im guten Sinne macht, das ist die intensive Kraft, mit der von ihm das Menschliche zum Ausdruck gebracht wird.

Kierkegaard

Mithandeln aus Partnerschaft

Aus der vermeintlichen Staatsbürgerschaft, dem Staatsdienertum, aus der Gemeinschaft des Dienstes aus Pflicht (im gekennzeichneten Sinne), die zu keiner Gemeinsamkeit außer der Gleichheit des Schicksals führt, müssen wir zu etwas kommen, was wirklich sinnerfüllt ist. Oetinger nennt es die Kooperation, das Mithandeln, aus der Partnerschaft, wobei sowohl das Element der Gemeinsamkeit als auch das des Handelns wohl zu beachten ist. Lieber wäre ihm, er könnte statt „Partnerschaft" „Genossenschaft" sagen, aber leider ist dieser Begriff durch den Mißbrauch, den Marxismus und Nationalsozialismus mit ihm getrieben haben, indem sie ihn zur Kennzeichung von Fronten verwandten, unbrauchbar geworden. „Der Weg zur Wiederherstellung der ‚Volksmoral', deren Fehlen wir heute so schmerzlich beklagen und ohne die in der Tat politische Erziehung dem Schöpfen in das Faß ohne Boden gleicht, scheint uns nicht darin zu bestehen, daß wir eine möglichst große Zahl von Menschen auf die gleichen hohen Ideale der Humanität, der Freiheit, der Gerechtigkeit usw. verpflichten, sondern darin, daß sich in möglichst vielen Menschen die Gewohnheit bildet, die Bedingungen ihres sozialen Verhaltens und Urteilens zu beobachten und auf sich wirken zu lassen."

Erholungsuchende

finden preiswertes u. heimisches Fremdenzimmer im klimatisch und landschaftlich bevorzugt gelegenen Kleinst-Luftkurort

Bergfreiheit

bei Bad Wildungen

im Hause „Artur Mahraun"

Margret von Römer-Mahraun

Der Verfasser erwartet den Vorwurf, daß er mit der Kooperation aus der Partnerschaft „einen weiteren Amerikanismus“ eingeführt habe. Nun, er wußte, als er sein Buch schrieb, offenbar nichts von den nachbarschaftlichen Bestrebungen, die der Beweis dafür sind, daß die Not diesen Weg, den sie ehemals den Pionieren in Amerika wies, uns auch ohne unmittelbare Einwirkung von außen gezeigt hat.

Erste Voraussetzung: Erfahrung

Als Voraussetzung des Mithandelns aus der Partnerschaft nennt Oetinger dreierlei: Erfahrung, Einsicht und Begeisterung. Erfahren werden kann das Mithandeln durch Partnerschaft da, wo die Gemeinschaft auf dem Grundsatz der genossenschaftlichen Selbstverwaltung beruht. Genossenschaftliche Selbstverwaltung – das heißt, daß alle an der Aufgabe, die sie sich vorgenommen haben, mitdenken und mitwirken und im Wege des Gesprächs die Vorteile der einzelnen Vorschläge allmählich herausfinden, die Nachteile ausmerzen, und so zu der besten Lösung kommen. Gerade die Überwindung der Konflikte macht das Eigentliche aus, das den Menschen zu der rechten mitmenschlichen Haltung befähigt, aus dem „soldatischen Menschen“ einen „Partner“, wir könnten sagen, einen „Nachbarn“ macht.

Zweite Voraussetzung: Einsicht

Für die Erzielung der Einsicht gibt uns Oetinger die Methode an die Hand: so locker wie möglich! Das Gespräch „am runden Tisch“ ist am geeignetsten. Die besten Stoffe sind diejenigen Situationen des öffentlichen Lebens, bei denen Menschen miteinander auszukommen haben. Oetinger schlägt eine große Zahl von Themen aus allen Gebieten vor. Für jedes Gebiet nennt er das Ziel, das im Gespräch im Auge behalten werden muß. Etwa: „Mein Geld – unser Geld“; öffentlicher Haushalt, Steuer, Geld und Währung. Ziel: „Auch für öffentliche Gelder gilt die Ethik des Privatmannes.“ Von den 20 Themen dazu seien genannt:

Wieviel soll man mindestens verdienen?
Was geschieht mit unserem Geld?
Soll man fürs Theater öffentliche Mittel verwenden?

Oder: „Faktor öffentliche Meinung“; Presse, Information, Rundfunk, Meinungsbildung. Ziel: „Ich kann den Gang der Politik nicht nur am Wahltag beeinflussen, sondern auch laufend durch Mitwirkung an der öffentlichen Meinungsbildung.“ Dazu:

Wieweit darf eine Zeitung sich nach dem Geschmack ihrer Leser richten?
Hast Du schon bemerkt, daß gleiche Meldungen durch verschiedene Überschriften einen ganz verschiedenen Sinn annehmen?

Einige weitere Themen aus anderen Gebieten:

Soll man eigene Fehler zugeben?
Sind Geldvergütungen an die eigenen Kinder für häusliche Dienste vertretbar oder falsch?
Ich darf als Hauseigentümer den Kindern der Mieter den Garten verbieten: ist der Rechtsstandpunkt immer der richtige?
Die Freiheit, so oft und so laut ich will, Radio zu spielen.
Die Freiheit, was ich denke, zu sagen oder nicht.
Freiheit wovon und Freiheit wozu?
Fördert der Reichtum die Freiheit?
Ist das richtig: Wer schweigt, hat Frieden?
Ist es nicht beunruhigend, daß wir in der Großstadt oft nicht einmal wissen wie unser Nachbar heißt?
Kann man sagen: die Schreibmaschine ist der Ruin der Kultur?
Gibt es ehrenrührige Arbeit?
„O weh, Ihr Kind schielt ja, warum trägt es keine Brille?“
Was meinen wir, wenn wir jemanden Sonderling, Glückskind, Streber, Snob, Pedant, einen kleinen Mann nennen?
Was heißt: der liegt mir nicht?
Wir achten leicht den, der gleich denkt wie wir, höher als den, der anders denkt.
Was können wir für den Frieden tun?

Jeder von uns wird überzeugt sein, daß bei einem Gespräch über solche Fragen zum mindesten manch ein anderer etwas hinzugewinnen könnte für sein mitmenschliches Verhalten. Wie oft aber mag er selbst dieser andere sein! Daß die der Förderung der Einsicht dienenden Gespräche gleichzeitig Erfahrungen der Kooperation bedeuten, braucht wohl nur flüchtig erwähnt zu werden.

Dritte Voraussetzung: Begeisterung

Aufgabe der Politik ist das Friedenhalten, und auf das Friedenhalten läuft das Mithandeln aus der Partnerschaft hinaus. Das Friedenhalten als Erziehungsziel aber „ist in Deutschland hinter einem Drahtverhau von nationalem Pathos und männlicher Empfindlichkeit verschanzt“, und so genügt die Vernunft nicht, um Kooperation werden zu lassen, sondern es ist auch Begeisterung notwendig, Begeisterung nicht im Sinne unkritischen Eifers, wie er für den Krieg im Übermaß durch unerlaubte Propaganda erzeugt worden ist, sondern im Sinne von Gutmütigkeit und Wohlwollen, im Sinne einer allgemeinen Anständigkeit.

Bitte ausschneiden und einsenden

Bestellschein

Ich bestelle ab sofort laufend

»Ruf und Echo«

Von Nachbarschaft zu Nachbarschaft

zum vierteljährlichen Bezugspreis von –,60 DM zuzgl. –,12 DM für Zustellung.

Name .....

Wohnort .....

Postamt .....

Straße, H.-Nr. .....

Datum .....

Unterschrift .....

Diesen Bestellschein bitte sorgfältig ausgefüllt einsenden an: »Ruf und Echo«, Hannover, Vahrenwalder Straße 41.

Forts. v. S. 1: „Was die Nachbarschaften treibt“

schließlichen Träger des politischen Lebens sind, nämlich die Parteien, muß eine Einrichtung treten, die das Ganze, nämlich den Staat, zum sichtbaren Ausdruck bringt. Ist das Ganze zu groß, so muß es so gegliedert werden, daß die Teile ein getreues Abbild des Ganzen bilden. Das geschieht in der Nachbarschaft. Hier hat der einzelne Staatsbürger die Möglichkeit, das Ganze zu überschauen, er fühlt sich mit dem Ganzen verbunden, ja er spürt sehr bald durch lebendige Erfahrung, daß durch sein Eintreten für das Ganze auch seine eigenen Anliegen am besten gewahrt sind.

Wir kommen durch die Nachbarschaften also nicht zu einer neuen Weltanschauung, sondern zur notwendigen, das heißt die Not wendenden Gestaltung einer neuen Wirklichkeit. Die Mitwirkung daran gibt dem Einzelnen wieder festen Boden unter die Füße. Er weiß sich einbezogen in den lebendigen Strom gegenwärtigen Geschehens, das die Zukunft schon keimhaft in sich trägt. Er wird zum Mitgestalter dieser Zukunft, die er nicht mehr zu fürchten braucht, weil er sie in der Gegenwart und über sie hinaus mitträgt und mitbeeinflußt.

Was sagt der Nachbar?

Ein Leser schreibt uns:

Sicherlich haben auch Sie die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Bundesrat mit Interesse verfolgt. Vielleicht teilen Sie die Meinung vieler, daß dabei dem Willen des Volkes recht übel mitgespielt worden ist. Auch ich hatte diese Meinung, bis mir dieser Tage ein Zeitungsausschnitt in die Hände fiel, in dem das Ergebnis einer Umfrage mitgeteilt wurde, die den Kenntnissen der westdeutschen Bevölkerung über ihre öffentlichen Angelegenheiten galt, kürzer gesagt: über „Bonn“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 18. November 1952). Zu der Frage: „In Bonn gibt es außer dem Bundestag noch einen Bundesrat. Könnten Sie mir sagen, wozu der Bundesrat da ist?“ wußten nichts oder waren falsch informiert: 92 Prozent! 92 Prozent wissen nichts oder nichts Rechtes von ihm: wie sollen sie da einen Willen hinsichtlich des Bundesrates haben? Ob hier nicht der Grund dafür zu suchen ist, daß man es gewagt hat, dem Volke dieses Schauspiel zu bieten?

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch noch die Antworten auf einige andere Fragen mitteilen. Etwa: „Kann die Regierung Gesetze machen, wie sie will, oder wer macht die Gesetze?“ Falsche Antworten oder die Antwort „Das weiß ich nicht“ gaben 65 und 70 Prozent. Oder: „Wieviel Abgeordnete gibt es Ihrer Schätzung nach im Bundestag?“ Genaue Angaben, wie: „ungefähr 400“, machten dazu nur 14 Prozent. Zu der Frage: „Was kostet den Staat Ihrer Schätzung nach am meisten Geld?“ wurden den befragten Personen Listen vorgelegt, die folgende Punkte zur Auswahl stellten:

a) Sozialausgaben, Renten und Unterstützungen,
b) Gehälter für Beamte und Behördenangestellte,
c) Besatzungskosten,
d) Subventionen, die vom Staat bezahlt werden, um die Lebensmittelpreise stabil zu halten,
e) die Ministergehälter,
f) die Bauten in Bonn,
g) der deutsche Beitrag für die europäische Verteidigung.

Fortsetzung Seite 4

Was geschieht wo?

Am 31. Mai findet in Bad Harzburg eine Tagung der Nachbarschaftsvorsteher des dortigen Gebietes statt. Zeit und Ort können bei dem Stadtvorsteher Faber, Gärtnerei, Bad Harzburg, erfragt werden.

*

Für den 6./7. Juni ist im Gebiet Hamburg-Lübeck ein Treffen der Nachbarschaftsfreunde vorgesehen. Näheres ist nach Pfingsten zu erfahren bei Rechtsanwalt Hans Wittmack, Lübeck, Untertrave 105, und bei Friedhelm Rustmann, Hamburg-Bahrenfeld, Bahrenfelder Kirchweg 65/I.

*

Am 12. Juli veranstalten die Nachbarschaften in Hameln ein Zeltfest, zu dem auch die Nachbarschaften Holzmindens, Lemgos und Mindens eingeladen sind. Mit dem Fest soll ein Treffen der anwesenden Vorsteher und besonders interessierter Nachbarn verbunden werden. Herbert Krebs wird der Hauptsprecher sein.

Wenn so das öffentliche Leben auf Mithandeln aus der Partnerschaft gestellt ist, dann „setzt das Prinzip der Überschaubarkeit an die Stelle der staatlichen Gewalt echte politische Autorität". Wie verwandt klingt uns das!

Die Kraft des Vermittelns

Der Kooperation wohnt die Kraft des Vermittelns inne. „Nur die ‚Macht zu vermitteln' vermögen wir noch als eine Form der sozialen ‚Liebe' anzuerkennen, die praktisch-pädagogisch-politisch Bedeutung besitzt." „Statt der moralischen Qualifikationen – vor allem der Selbstlosigkeit – schieben sich Qualitäten wie Freundlichkeit, Verträglichkeit, Takt in den Vordergrund, Betragensweisen also, die ihren Wert erst im Verkehr der Menschen miteinander selbst erhalten und weniger eine moralische Willensrichtung als die Integrität der Persönlichkeit zur Voraussetzung haben." Das sind Antworten, die sich auch für die allzu vielen eignen, die die Durchsetzbarkeit des Nachbarschaftsgedankens anzweifeln, weil sie glauben, er verlange mehr von ihnen, als sie zu geben bereit und fähig sind.

Die Erkenntnis des Möglichen

Das ist überhaupt der Gewinn des Buches für uns, daß es uns in vielen Beziehungen die Erkenntnis des Möglichen vermitteln kann. Der Verfasser hat es zwar für die Pädagogen geschrieben, er hat nicht daran gedacht, daß Gemeinschaften Erwachsener vor denselben Fragen stehen könnten wie diese, weil er wohl solche Gemeinschaften nicht für möglich hielt, jedenfalls normalerweise nicht. Was nun die gestellte Aufgabe anlangt, so sind diese Erwachsenen, geformt durch dieselben geschichtlichen Kräfte, genau solche Anfänger, wie beinahe alle Lehrer und Schüler. Und so mögen möglichst viele Freunde des Nachbarschaftsgedankens, aber auch möglichst viele Nachbarn selbst, das Buch zur Hand nehmen. Sie werden dort über viele Dinge Auskunft finden, die hier nicht einmal angedeutet werden konnten, und die Auskunft wird immer praktisch verwendbar sein. Denn Denken ist Praxis – so meint die pragmatische Philosophie, die dem Buche zugrunde liegt. Es mag sich darob die Feindschaft anderer philosophischer Schulen zuziehen – den Nutzen für uns schmälert das nicht. So wollen wir dem Verfasser für sein Werk danken. g. w.

Fortsetzung von Seite 3: „Was sagt der Nachbar?"

An die Spitze gehören die Sozialausgaben. Doch die Befragten hatten eine andere Rangfolge im Sinn: Die meisten nannten als erstes die Besatzungskosten. Der Journalist, der über die Befragung berichtet, bezeichnet das als „läßliche Sünde", weil über sie so viel geschrieben worden sei. Nun aber weiter: An zweiter Stelle standen die Ministergehälter, an dritter Stelle die Bauten in Bonn! Wenn man von den Gründen, die zur Erklärung einer solchen „öffentlichen Meinung" dienen können, einmal ganz absieht, so ist es doch wohl dennoch nicht zuviel behauptet, daß sie tiefstes Mißtrauen in die Führung des Staates und in die heutige Form der Demokratie ausdrückt.

Zum Schluß das Ergebnis der Frage: „Wissen Sie, wie der Abgeordnete, der hier gewählt worden ist, heißt, oder wissen Sie sonst irgend etwas von ihm, zum Beispiel seine Partei oder seinen Wohnort?": 78 Prozent konnten nichts über den Abgeordneten ihres Wahlkreises aussagen, nicht einmal seinen Namen.

Sie haben vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß man derartigen Befragungen aus mehreren Gründen keine überzeugende Beweiskraft beimessen könne. Allerdings handelte es sich damals um Fragen mit innerem Gehalt, wie etwa der nach dem Verhältnis zum Nationalsozialismus. Die vorliegenden Fragen tatsächlicher Art sind gewiß nicht in gleichem Maße anfechtbar. Doch selbst wenn man einiges abstreicht, bleibt genug übrig an Uninteressiertheit, ja an verneinenden Gefühlen den demokratischen Einrichtungen gegenüber. Und wie sich immer wieder zeigt: unsere offiziellen Stellen arbeiten mit diesen Zahlen, nehmen sie also als richtig hin. Wann endlich wird man die Folgerungen aus ihnen ziehen?

Und sollen und müssen sie eine Mahnung sein, unsere Bemühungen zu verstärken, das Volk im nachbarschaftlichen Geiste zur wahren Demokratie kommen zu lassen. E. D., Hannover

---

HOTELS · GASTSTÄTTEN · KRANKENANSTALTEN
INDUSTRIEBETRIEBE
nutzen unsere langjährigen Spezialerfahrungen
in allen Fragen des gesamten Wäschebedarfs
Sonderabteilung für Haushalts- und Aussteuerwäsche
Günstige Zahlungsbedingungen auch bei kleinen Mengen
HEINRICH VOLZ · HANNOVER · BRÜDERSTR. 4A · Fernruf 20132

C. E. BETTMANN
SEIDENWEBEREI
RHEYDT
Futterstoffe · Schirmstoffe

Bohnenkaffee
nur aus Bremen
von Walter Meyer
Bremen · Osterholzer Heerstr. 132
Kaffee-Großhandel und -Rösterei
Tee · Kakao
Wiederverkäufer haben gute Verdienstmöglichkeit

****

Ruf und Echo

Von Nachbarschaft zu Nachbarschaft

Ein kleines Blatt im Dienste einer großen Sache

Werbt neue Bezieher!

****

DAUER-KONSERVENDOSE
MIT DRUCKBANDVERSCHLUSS

Bezugsquellennachweis durch:
C. REESE, Blechwarenfabrik
HOLZMINDEN / WESER

Diedrich Messerknecht
Ruf 2 75 54 Bremen Langenstr. 21
Büromaschinen - Bürobedarf - Büromöbel
Reiseschreibmaschinen auch auf Ratenzahlung

Herausgeberin: Arbeitsgemeinschaft »Ruf und Echo« Hannover, Vahrenwalder Str. 41 -
Für den Inhalt verantwortlich: Herbert Krebs, Städtering der Nachbarschaften, Holzminden - Vierteljährlicher Bezugspreis DM —,72 einschl. Porto
Überweisungen auf Postscheckkonto Hannover Nr. 124154 - Druck: Sponholtz Druckerei und Verlagsanstalt GmbH. Hannover, Husarenstr. 38